

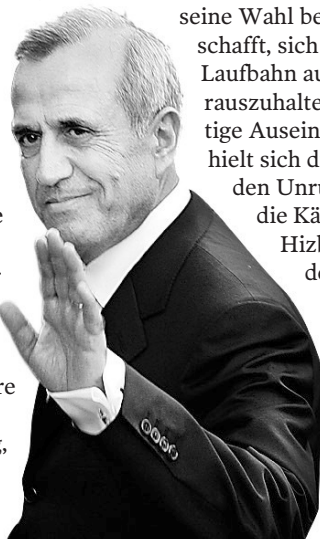
MICHEL SULEIMAN, NEUER LIBANESISCHER STAATSPRÄSIDENT

Der General, der die Libanesen versöhnen will

Von Astrid Frefel, Kairo

Ein Sohn von Amchit ist die Erlösung für Libanon»: Mit diesem Plakat feierten die Bewohner seiner Heimatgemeinde die Wahl von General Michel Suleiman zum libanesischen Staatspräsidenten. Er selbst versprach, seine Amtszeit werde er ganz der Versöhnung widmen. Und er stellte klar, es seien nicht die Muskeln, die für Sicherheit sorgten, sondern der kollektive Wille der Bevölkerung und der Politiker.

Fragt man Libanesen nach nationalen Symbolen, fällt ihnen höchstens die Sängerin Fairuz ein. In dem Land ohne klare Identität und vor dem Hintergrund des politischen Patts war es deshalb schwierig, einen geeigneten Präsidenten zu finden.



Schon im Dezember haben sich die Parteien wieder einmal auf einen Mann des Militärs geeinigt. Aber erst letzte Woche bei den Gesprächen in Doha wurden die letzten Hürden für seine Wahl beseitigt. Suleiman hat es geschafft, sich während seiner gesamten Laufbahn aus dem politischen Strudel herauszuhalten. Auch als Anfang Mai blutige Auseinandersetzungen ausbrachen, hielt sich die Armee zurück und bezog in den Unruhegebieten erst Stellung, als die Kämpfe abgeflaut waren und die Hizbollah gesiegt hatte. Die Einheit der Armee zu bewahren, war sein oberstes Ziel. Das brachte ihm auch Kritik von der prowestlichen Regierungsmehrheit ein. Aber alle Seiten hielten an seiner Kandidatur fest.

Suleiman, ein maroniti-

scher Christ, wurde 1949 in Amchit nördlich von Beirut geboren. Bevor er 1967 in die Armee eintrat, hatte er politische Wissenschaften studiert, eine gute Voraussetzung, um sich im libanesischen Dickicht zu orientieren. Während des Bürgerkrieges zwischen 1975 und 1990 liess er sich von keiner der sich bekriegenden Fraktionen vereinnahmen. Seit zehn Jahren ist er Armeechef.

Die Armee ist heute die einzige Institution im Libanon, die nicht gespalten ist. Deshalb genießt sie auch bei der Bevölkerung aller religiösen und ethnischen Gemeinschaften ein hohes Ansehen. Bei den Massendemonstrationen nach dem Hariri-Mord hat die Armee jeweils die Demonstrierenden von beiden Seiten geschützt. Suleiman hat auch die Besetzung des Beirut Stadtzentrums mit einer Zeltstadt durch die Opposition zugelassen.

Als Mann der Militärs unterhielt er auch gute professionelle Kontakte zu Syrien, das seine

Truppen erst 2005 aus dem Libanon abgezogen hat. Als Präsident will er auch die politischen Beziehungen zu Damaskus normalisieren. Mit der schiitischen Hizbollah hat er die Stationierung der Truppen in der Grenzregion zu Israel abgestimmt. Er sieht die Hizbollah und ihre Waffen denn auch als integralen Teil der libanesischen Verteidigung und steht hinter der offiziellen Ideologie der libanesischen Streitkräfte, die Israel als Feind betrachtet und gute Beziehungen zu den arabischen Ländern pflegt.

Alle die Jahre hat es Suleiman verstanden, auf einem schmalen Grat zu wandern. Als Staatspräsident wird diese Kunst noch stärker gefragt sein, denn jetzt muss der kühle Stratege mithelfen, den Kompromiss von Doha umzusetzen. Die Voraussetzungen sind nicht schlecht, denn zum ersten Mal seit 18 Jahren hat der Libanon wieder ein Staatsoberhaupt, das dem Land nicht von aussen aufgezwungen worden ist.

IN DER SCHWEIZ SCHIESSEN TOURISTISCHE MEGAPROJEKTE AUS DEM BODEN

Der Grossinvestor, der Stararchitekt und die Landschaft

Von Benno Schubiger*

Sie und ich, wir alle waren noch nie in Gällen, der Schweizer Kleinstadt im «Besuch der alten Dame», wo um die Geldprämie einer Milliarde Schweizer Franken etwas Vertrautes zur Strecke gebracht wird: der Mitbürger Alfred Ill. Mit Friedrich Dürrenmatt ahnen wir aber, dass das fiktive Gällen latent um uns ist. Wir spüren, dass in Gällen derzeit mit viel Prestige und noch mehr Geld um die Ressource Landschaft gefeilscht wird.

Bange und zunehmend verärgert schauen wir zu, wie in der Schweiz im Allgemeinen und im alpinen Raum im Besonderen bauliche und touristische Megaprojekte lanciert werden, die massive Eingriffe in natürliche Landstriche mit sich brächten. Letztlich drohen solche Grossvorhaben für unsere Tourismusindustrie selber zu einer Gefahr zu werden.

Wieso denn keine Schwebebahn über den Aletschgletscher? Und was spricht schon gegen eine Riesenhalle am Jurasüdfuss, fragen der Unbedarften und der Investor. Noch ist keine der alle Massstäbe sprengenden Projektfantasien in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Aber die Realisierung der ersten kann den Dammbruch provozieren: Ist die Schatzalp ob Davos erst einmal mit einem urba-

nen Wohnturm von Herzog und de Meuron verstellt, darf auch das Kleine Matterhorn mit minderklassiger Gipfelarchitektur verschandelt werden. Wenn Andermatt zur Alpenstadt hochgefahren werden kann, sind auch russische Chaletburgen in den Walliser Alpen legitim. Ist die Erledigung von Alfred Ill gedanklich schon mal zugelassen, so wird sie bald auch in die Wirklichkeit umgesetzt.

Noch ist das in Melide in hochsensibler Landschaft geplante Hochhaus nicht bewilligt; eine Petition besorgter Bürger ist am Laufen. Und in Celina hat eine aufgeschlossene Bürgerschaft einem Turmhotelprojekt in einer Konsultativabstimmung am 31. März eine Absage erteilt. Das grenznahe Ausland beweist uns jedoch, dass mit ausreichend Geld auch in derlikater Landschaft jeder urbanistische und architektonische Schmarren verwirklicht werden kann: Das überdimensionierte Casino-Monster von Campione d'Italia glotzt seit gut zwei Jahren nach Lugano herüber.

Nicht immer ist es der ansässige Hotelier oder der regionale Seilbahnbetreiber, der es wagt, sich an der Natur ungebührlich zu vergreifen. Immer öfter sind es ausländische Grossinvestoren, die unsere Alpenlandschaft zur Gewinnmaximierung nutzen möchten. Bei diesen Fremden gibt Dürrenmatts metaphorisches Gällen nichts mehr her; denn die stinkreiche Anstifterin Claire Zacha-



KARIKATUR CAGLECARTOONS.COM

nassian hat ihre Wurzeln ja in Gällen selbst.

Dafür hält Markus Köbeli in seiner sarkastischen Tourismus-Persiflage «Holzers Peepshow» uns Schweizern den Spiegel vor die Augen: Gegen ein bisschen Touristen-Almosen knöpft des biedereren Holzlers Tochter auch schon mal ihre Bluse auf. Und wir realisieren, dass zweieinhalb Jahrhunderte als touristische Topdestination die Schweiz zu ungunsten Werthaltungen verführt hat. Nicht immer waren diese der Nachhaltigkeit verpflichtet, schon gar nicht dem Schutz unserer Landschaft.

So verscherbelt die Wohlstandsschweiz heute einen ihrer wichtigsten «Rohstoffe», die alpine Landschaft, und riskiert damit eine Fehlentwicklung wie im Flachland, wo ein halbes Jahrhundert kostspielige Raumplanung nicht verhindert hat, dass sich im Mittelland ein Siedlungsbrei ausbreitet und der Flickenteppich der Zersiedelung bis weit in die Täler hineinreicht. Die Frage drängt sich auf: Ist der Zeitpunkt für eine Sonderverordnung zum Bauen in landschaftlich besonders sensiblen Zonen gekommen?

* Benno Schubiger ist Geschäftsführer der Sophie und Karl Binding Stiftung, die unter anderem im Umweltbereich fördernd tätig ist. Bekannt ist der Binding-Waldpreis für vorbildliche langfristige Waldbewirtschaftung.

WIE DIE GRENZE ZWISCHEN AFGHANISTAN UND PAKISTAN ZU BEFRIEDEN IST

Nötig ist ein Brückenschlag am Hindukusch

Von Ashley Bommer*

Wer am höchsten Punkt des Chaiber-Passes, dem Michni-Post, steht und die Tausenden von Lastwagen und Bussensieht, die sich im Schatten des Hindukusch einen Weg von Afghanistan nach Pakistan bahnen, begreift: Zur Kontrolle der afghanisch-pakistanischen Grenze bedarf es einer Strategie der Aufstandsbe kämpfung auf beiden Seiten. Pakistan und Afghanistan sollten die Militantengemeinsam bekämpfen mit dem Ziel, den Nachschub der Taliban und der al-Qaida zu kappen.

Zunächst einmal wäre die Qualität der Grenztruppen zu verbessern. Beginnen könnte man mit dem pakistanischen «Frontier Corps», jener 50 000 Mann starken Grenztruppe, die an der 2600 Kilometer langen Grenze zu Afghanistan steht. Die «Söhne des Landes» sind in kläglicher Verfassung: Für die Überwachung eines Gebiets, das sich zwischen 7600 Meter hohen Bergen und kargen Wüsten erstreckt, verdienen sie nicht einmal zwei Dollar pro Tag. Sie schlagen sich mit alten Waffen herum.

Es fehlt ihnen an Luftbeweglichkeit und – noch schlimmer – an einer schnellen Reaktionstruppe zur Unterstützung ihrer Aktionen. So ist es möglich, dass im Süden Waziristans zwei Grenzba-

taillone seit zwei Monaten im Ladha Fort belagert werden. «Nehmt unsere Grenztruppen, bildet sie irgendwo aus und bringt sie wieder zurück», hat Generalleutnant Mohammed Alam Khattak, der Generalinspektor der pakistanischen Grenztruppen, der Nato vorgeschlagen. Gleiches wäre der afghanischen Nationalarmee zu empfehlen. Die pakistanischen Soldaten und ihre paschtonischen Brüder sollten gemeinsam innerhalb des Ausbildungsprogramms der Internationalen Sicherheits- und Assistenzkräfte (Isaf) für den Einsatz an der gemeinsamen Grenze ausgebildet werden. Zudem müsste Pakistan die Ausrüstung seiner Soldaten verbessern und eine schnelle Reaktionsgruppe bilden, damit die pakistanischen Grenztruppen wirklich zu jenen Partnern bei der Bekämpfung von Aufständischen werden, wie sie Afghanistan braucht.

In einem zweiten Schritt sollte die Aussöhnung mit den Aufständischen gesucht werden. Ein amerikanischer Militärkommandant hat angeregt, sie zum Überlaufen zu motivieren. Sein Vorschlag hat zwar grossen Anklang gefunden, aber konkrete Pläne, wie er umzusetzen wäre, gibt es nicht. In der afghanischen Provinz Helmand haben die Isaf-Truppen 2000 Taliban-Krieger gefasst und auf Einsetzbarkeit für die eigenen Zwecke hin überprüft – nur um sie wieder laufen zu lassen, weil die afghanische Zentralregierung

die Initiative nicht unterstützte. In Khost liefen Dutzende ehemalige Taliban aus den Stammesgebieten über und versprochen ihre Waffen niederzulegen – nur um nichts dafür zu bekommen. In beiden Fällen lauteten die Aussagen der übergelaufenen Aufständischen gleich. Würde man Anreize bieten, liessen sich Dutzende weiterer Aufständischer zum Überlaufen bewegen. Pakistan und Afghanistan sollten ein regionales Aussöhnungsprogramm entwickeln und umsetzen, das auf Taliban- und Al-Qaida-Kommandanten der mittleren und niedrigeren Führungsränge abzielt.

Kampf gegen die Korruption

Eine dritte Massnahme wäre der Kampf gegen die Korruption. «Wie soll man gegen die Taliban vorgehen, wenn es nicht einmal gelingt, einen korrupten Richter aus seinem Amt zu entfernen?», fragt ein hoher Beamter in Kabul. Etwa hundert Top-Drogenbarone gibt es in Afghanistan: Jeder kennt sie, doch keiner von ihnen sitzt in Haft. Sie aus Angst vor einem Gegenschlag laufen zu lassen, stärkt ihnen den Rücken, lässt ihnen die Kontrolle über die Schmuggelrouten und trägt dazu bei, dass sich die Korruption ungebrems im Staatsapparat ausbreitet – was den Aufstand weiter anheizt.

Zu guter Letzt ist das System der Medressen zu reformieren. Nicht alle dieser Koranschulen sind Brutstätten für Terroristen. Das Problem ist, dass afghanische Studenten ins Ausland gehen müssen für eine religiöse Ausbildung, die über das 19. oder 20. Altersjahr hinausgeht. So begeben sie sich zum Studium ins benachbarte Pakistan und werden dort von extremen Mullahs zu Taliban gemacht.

Der afghanische Bildungsminister Hanif Atmar – das vielleicht am stärksten reformorientierte Mitglied der Regierung – schlägt als Gegenmassnahme vor, 34 neuen Medressen für höhere Bildung zu errichten. Im Lehrplan sollten neben Islamlkunde auch Geschlechterforschung, Computerwissenschaft und Englisch stehen. Der Vorschlag verdient breite Unterstützung. Die radikalen Mullahs und Medressen in Pakistan sind es nämlich, welche die Studenten zu Selbstmordattentätern formen. Eine starke afghanisch-pakistanische Partnerschaft ist nötig, den Aufstand in der Grenzregion unter Kontrolle zu bringen. Sonst gehen der Krieg in Afghanistan und die Destabilisierung Pakistans einfach weiter.

* Ashley Bommer gehörte unter Präsident Clinton zur amerikanischen Uno-Delegation. Sie arbeitet an einem Roman, der in den pakistanischen Stammesgebieten spielt. © Project Syndicate, 2008